

Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Schul- und Kulturausschusses
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.09.2007
Sitzungsbeginn:	17:10 Uhr
Sitzungsende:	18:40 Uhr
Ort, Raum:	35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt

Anwesend sind:

Frau Daser, Dagmar	SPD	
Frau Dinnebier, Kirsten	SPD	
Frau Dorn, Angela	B90/Die Grünen	
Herr Dr. Rausch, Ulrich	SPD	für Herrn Schaker Hussein
Frau Dr. Röder, Claudia	CDU	
Frau Röhrkohl, Anni	CDU	
Herr Sawalies, Torsten	FDP	
Herr Schäfer, Wolfram	B 90 / Die Grünen	
Frau Schäfer, Birgit	Marburger Linke	
Herr Weidemann, Gerald	SPD	ab 17.45 Uhr
Herr Hussein, Schaker	SPD	entschuldigt
Frau Prof. Dr. Simon, Babette	CDU	entschuldigt

Magistrat:	Frau Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach
Verwaltung:	Herr Etzelmüller, Fachdienst Schule (Protokoll)
Staatliches Schulamt:	Gordon Wingert
Sprecher des Ausländerbeirats:	./.
Stadtelternbeirat:	./.
Seniorenbeirat:	./.
Stadtschülerrat:	./.
Geschäftsstelle des Kinder- und Jugendparlaments:	./.
Gäste:	./.

Frau Dinnebier begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Es besteht Einvernehmen, dass der neu formulierte Antrag der Fraktion Marburger Linke zur Lernmittelfreiheit (VO/1726/2007) als TOP 5 behandelt und „Verschiedenes“ TOP 6 wird.

Protokoll:

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23. August 2007

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

**TOP 2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Mobbing unter Jugendlichen
Vorlage: VO/1439/2007**

Frau Dr. Weinbach berichtet über die Diskussion im Sozialausschuss und ein dort beschlossener Antrag des Unterarbeitskreises Prävention wird den Mitgliedern des Schul- und Kulturausschusses zur Kenntnis gegeben.

Nach einer Diskussion unter Beteiligung von Frau Schäfer, Frau Dr. Röder, Frau Dinnebier und Frau Dr. Weinbach wird dieser Antrag nochmals abgeändert (Änderung im Text unterstrichen) und wie nachfolgend formuliert in Abänderung des ursprünglichen Antrages **einstimmig beschlossen**:

„Der Magistrat wird beauftragt, im Haushaltsjahr 2008 finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um an einer Schule in der Universitätsstadt Marburg sowie an einem in deren Umfeld gelegenen Kindergarten ein Projekt zur Gewaltprävention einzurichten. Das Projekt soll auf den Grundlagen und Erkenntnissen des von dem Kriminologen Prof. Dr. Dieter Rössner (Marburg) u. a. als wirkungsvoll evaluierten Mehrebenenkonzeptes zur Gewaltprävention an Schulen basieren, dessen ganzheitlicher Ansatz verschiedene Einzelprojekte in sich vereint bzw. miteinander kombiniert und damit ungleich effektiver ist.

Die Planung der inhaltlichen und strukturellen Ausgestaltung erfolgt in enger Abstimmung mit den Fachausschüssen des Jugendhilfeausschusses. Diese beinhaltet die Festlegung der Höhe der Mittel sowie das Prozedere der Standort- und Projektauswahl. Die Auswahl sollte unter folgenden Kriterien erfolgen:

- Es besteht ein Problembewusstsein für die Gewaltthematik bei Schule, Kindergarten und beteiligten Institutionen.
- Es besteht eine Kooperationsbereitschaft bei allen Beteiligten.
- Es besteht die Bereitschaft zur Bereitstellung von Ressourcen (Räume, Personal usw.).
- Die im Gesetz verankerte Berücksichtigung der Geschlechterbewusstheit ist bei der Planung und Durchführung angemessen umzusetzen.
- Durch die Verschaltung der verschiedenen Ebenen wird gewährleistet, dass das Projekt im sozialräumlichen Gesamtzusammenhang nachhaltig wirken kann.
- Es besteht die Bereitschaft zur Auswertung der durchgeführten Projekte.

Mit allen beteiligten Kooperationspartnern ist eine diesbezügliche Kooperationsvereinbarung zu schließen. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie sowie der Fachdienst Schule begleiten die Projektplanung der Kooperationspartner/innen. Über die Projekte und deren Wirkung ist den Fachausschüssen nach 6 Monaten zu berichten. So ist gewährleistet, dass die Steuerung der Weiterführung in den Händen aller beteiligter Kooperationspartner/innen (Schule, Kindergarten, Institutionen, öffentlicher Jugendhilfeträ-

ger) liegt.“

**TOP 3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Krisensituationen an Schulen
Vorlage: VO/1664/2007**

Frau Dr. Röder begründet für die antragsstellende Fraktion die Vorlage.

Frau Dr. Weinbach verliest eine Stellungnahme des Fachdienstes Schule, des Staatlichen Schulamtes und der Polizei, die von Herrn Wingert ergänzt wird.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Dinnebier, Frau Röhrkohl, Frau Dr. Röder, Frau Dorn, Herr Schäfer, Herr Wingert und Frau Dr. Weinbach.

Verbunden mit der Zusage, dass diese Stellungnahme dem nächsten Protokoll beigelegt wird, erklärt die CDU-Fraktion den Antrag für erledigt.

**TOP 4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sorge um verurteilte Studierende
Vorlage: VO/1665/2007**

Frau Schäfer begründet für die antragsstellende Fraktion die Vorlage.

An der Diskussion beteiligen sich die Damen und Herren Dorn, Dr. Röder, Dinnebier, Sawalies, Frau Schäfer, Herr Schäfer, Weidemann und Röhrkohl.

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

„Die Stadt stellt den Studierenden für das Berufungsverfahren 1.000,00 € zur Verfügung“.

Dem so geänderten Antrag treten die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei.

Dem Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke bei 3 Nein-Stimmen der Fraktionen CDU und FDP zugestimmt.

Aussprache wird angemeldet.

**TOP 5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Lernmittelfreiheit
Vorlage: VO/1726/2007**

Der neu formulierte Antrag der Marburger Linken wird verteilt und im Ausschuss diskutiert.

Frau Dr. Weinbach und Frau Dinnebier stellen einen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor, der in dieser Form auch im Sozialausschuss beschlossen wurde und wie folgt lautet:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- 1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: insbesondere bei SGB II/SGB XII bei der Einführung einmaliger Beihilfen**

zum Schulbesuch; Land Hessen: u.a. bei der Überarbeitung des Kataloges Lernmittelfreiheit) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.

2. gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt und in Kooperation mit den Marburger Schulen (Schulleitungen, Kollegien und Fördervereine) darauf hinzuwirken, dass die zusätzlichen Kosten für Schülerinnen und Schüler grundsätzlich in Grenzen gehalten und für sozial schwächere Schüler/innen verlässliche Lösungen gefunden werden, damit die Lernmittelfreiheit in Hessen auch auf dieser Ebene gewahrt bleibt.
3. Aktivitäten wie die der Marburger Tafel zu unterstützen, die Kindern aus ärmeren Familien helfen, die notwendigsten Schulausstattungen zu bekommen.
4. bei der Konzeption von Maßnahmen auch das Kinder- und Jugendparlament, den Stadtelternbeirat und den Stadtschülerrat einzubinden.

Dem so veränderten Antrag treten die Fraktionen CDU und FDP bei.

An der Diskussion beteiligen sich die Damen und Herren Dr. Röder, Röhrkohl, Frau Schäfer, Frau Dr. Weinbach, Herr Schäfer, Dinnebier und Sawalies.

Bei der nachfolgenden Abstimmung erhält der ursprüngliche Antrag der Fraktion Marburger Linke 1 Stimme aus der Fraktion Marburger Linke, dem oben angeführten veränderten Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP zugestimmt.

TOP 6 Verschiedenes

1. Unter Hinweis auf die Diskussion in der letzten Sitzung verliest Frau Dr. Weinbach die Einladungsliste eines Schreibens des Oberbürgermeisters im Hinblick auf eine Gesprächsrunde zum Thema „Integrationsvereinbarung“.
2. Frau Dr. Weinbach berichtet kurz über das Verfahren zur Festlegung einer Kapazitätsbeschränkung am Gymnasium Philippinum.

Marburg, 21. September 2007

Vorsitzende:



**Kirsten Dinnebier
Stadtverordnete**

Protokoll:

Etzelmüller